

„Der Klimawandel ist in eine Phase der Beschleunigung getreten“, abzulesen an den Messdaten der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre, die Rekord-Zuwachsraten aufweisen. Darauf hatten die Deutsche Physikalische und die Deutsche Meteorologische Gesellschaft im „Klimaaufruf 2025“ – „einem Aufruf zu entschlossenem Handeln“ hingewiesen.

Wir erfahren es am eigenen Leib. Die Hitzewellen werden immer heftiger und tödlicher. Und das wird so lange weitergehen und sich intensivieren, bis wir aufhören, fossile Stoffe zu verbrennen.

Der Kampf um Klimaschutz ist ein Kampf gegen die Zeit. Auch weil mit jeder Tonne vermeidbarer Treibhausgase die Wahrscheinlichkeit wächst, dass wir Kippunkte überschreiten und das Klimasystem der Erde **endgültig** aus ihrem menschenfreundlichen Gleichgewicht gerät. Unsere Prioritätensetzung muss sich endlich ändern, auch wenn's schwerfällt.

„Die Geschäftstätigkeiten von Mainova sind gesamthaft klimaintensiven Sektoren zuzuordnen“ steht im Geschäftsbericht. Mainova und die Stadt Frankfurt tragen damit große Verantwortung, insbesondere für die kommenden Generationen.

Das scheint auch anerkannt zu werden. Das Wort Klima-(neutralität,- schutz,- freundlich usw.) taucht im Geschäftsbericht 187 mal auf.

Dort heißt es: „Mainova bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens und dazu, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen“ und **„in der Unternehmensstrategie ... bleibt die Dekarbonisierung das übergeordnete Ziel.“** (S.184)

Auf der Webseite von Mainova steht: **„Mainova wird bis spätestens 2040 klimaneutral“.**

Aber der Schein trügt. Ich möchte dies an 3 Beispielen belegen und um Auskunft zu diesen Widersprüchen bitten. Was hat in ihrer Strategie Vorrang, die Sicherung des Gasgeschäftes und die Amortisierung des neuen Gaskraftwerkes oder die Klimaziele und gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge? Beides zusammen geht nicht.

Pkt. 1. Der oben zitierte Abschnitt aus dem Geschäftsbericht endet mit dem Satz: „**Wir streben Klimaneutralität in Scope 1 und 2 bis spätestens 2040 an.**“

Das heißt, das Klimaneutralitätsversprechen für 2040 gilt nur für ca. 20% der THG-Emissionen, im Wesentlichen für die direkten aus den eigenen Kraftwerken, für Fernwärme, v.a. vom HKW-West.

Aber selbst da gilt es nur dann, **wenn** das neue Gaskraftwerk auf grünen Wasserstoff umgerüstet wird.

Im Geschäftsbericht steht aber auch, dass **die Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff ein zentrales Übergangsrisiko für den Transformationspfad darstellt.** Tatsächlich ist sich die Fachwelt einig: grüner Wasserstoff ist zur Dekarbonisierung der Industrie unersetzlich, wird aber zur Wärmeversorgung, wo es Alternativen gibt, nicht zur Verfügung stehen. **Das Übergangsrisiko wird also so gut wie sicher eintreten. Warum zieht die Mainova daraus keine Konsequenzen?** Der Entwurf der KWP, an dem die Mainova maßgeblich beteiligt ist, weist ausreichend Potenziale klimaneutraler Wärmequellen aus, erst recht, wenn **mit** einer ambitionierten, gesetzeskonformen Sanierungsquote geplant würde.

Warum planen sie weiterhin mit höchstwahrscheinlich nicht verfügbarem bzw. bezahlbarem grünem Wasserstoff, statt jetzt alle vorhandenen Potenziale klimaneutraler Wärmequellen zu heben, um so früh wie möglich die Wärmeversorgung zu Dekarbonisieren, z.B. Flusswasserwärmepumpen jetzt parallel zur Abwasserwärmepumpe zu projektieren und nicht erst eventuell in Erwägung zu ziehen, wenn letztere fertig ist?

2. Fernwärme deckte aber nur einen kleinen Teil der Wärmeversorgung privater Haushalte, es dominieren Gasheizungen. Diesen Bereich wollen Sie zwar auch „langfristig“ dekarbonisieren, dafür nennt der Geschäftsbericht jedoch explizit, Zitat: „**keine Zielsetzung**“. (S.186)

Wie können Sie ernsthaft von Zitat: „vollumfänglich mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens kompatibel“ sprechen und von „wissenschaftlicher Fundierung“? Dabei ist das nationale 1,5-Grad-kompatible-CO₂-BUDGET bereits seit 2 Jahren aufgebraucht, wie auch im letzten ifeu-THG-Bilanzbericht für Frankfurt nachzulesen ist.

Aber auch wenn Sie sich auf die Science Based Target Initiative (SBTI) beziehen: auch die fordert von großen Unternehmen den Einbezug aller Emissionen, auch Scope 3, um die es hier geht und die 80% der THG-Emissionen ausmachen, für die Sie „keine Zielsetzung“ haben. Dass Sie Ihre Pläne nicht von der Initiative (SBTI) validieren

lassen, ist da nur logisch, würde ja auch gar nicht funktionieren.

Solange Sie fossiles Gas verkaufen, kann von Klimaneutralität keine Rede sein.

Was ist die Konsequenz, wenn die Menschen Klimaneutralität versprochen bekommen, sich dies aber in den Planungen gar nicht abbildet?

Und was ist die Konsequenz für unser Klima, wenn die Bereiche mit den höchsten THG-Emissionen, ohne ambitionierte Ziele bleiben?

Sie werden vermutlich darauf verweisen, dass die Dekarbonisierung des Gasgeschäftes in der Entscheidung der Kunden liegt und sie deshalb hier kein seriöses Zieljahr nennen können.

Damit sind wir beim 3. Punkt. Genau dafür haben wir nämlich die **KWP**, die die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bis spätestens 2045 planen soll. Es sieht aber ganz so aus, dass die Mainova als maßgebliche Autorin der KWP selbst dafür sorgt, dass sie kein seriöses Zieljahr für das Gasgeschäft nennen kann.

Das Fraunhofer IFAM, Coautor bei der KWP, hat im Dezember 2025 ein Kurzgutachten mit dem programmatischen Titel „**Kosteneinsparungen einer frühen Gasnetzstilllegungsplanung**“ vorgelegt. Je mehr Menschen auf Wärmenetze oder Wärmepumpen umsteigen, desto unrentabler werden die Gasnetze. Die Netzgebühren werden sich vervielfachen. Eine frühzeitige Gasnetzstilllegungsplanung spart 20% Kosten.

In der KWP werden die negativen Folgen zu später Gasnetzstilllegungsplanung auch erwähnt. Verblüffender Weise gibt es eine solche Planung dennoch nur für das verworfene Szenario 1. Für die anderen Szenarien explizit nicht. Als Erklärung lesen wir: „Die Wahl der neuen Heiztechnik erfolgt marktwirtschaftlich und durch Kostenvergleich“. Am Ende wird zwar die „Erarbeitung eines Gasnetz-Transformationsplanes“ doch noch „empfohlen“, explizit um zusätzliche Belastungen zu vermeiden, aber eben nicht eingeplant.

Das ist offensichtlich widersprüchlich. Wenn es darum geht, eine teure Aufrechterhaltung eines unrentabel gewordenen Gasnetzes zu vermeiden, kann dieses Problem nicht durch die individuelle Wahl der Heiztechnik auf Kundenebene gelöst werden. Einzig eine umgehende Gasnetzstilllegungsplanung, kann verhindern, dass Kundinnen und Kunden, Mieterinnen und Mieter und die Allgemeinheit unter weiteren Fehlinvestitionen, einer Gaskostenfalle und den enormen Kosten vermeidbarer Treibhausgasemissionen leiden.

Warum kommt der Plan den eigenen Empfehlungen und denen ihres Co-Autors nicht nach? Wird es mit Gasnetzstilllegungsplan zu schwierig mit dem profitablen

Gasgeschäft und der Amortisierung des Gaskraftwerkes über 2040 hinaus? Gas oder Klimaschutz, was hat Priorität? Und wer trägt die zusätzlichen Kosten?

Diese Fragen richten sich auch an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt, die für die KWP verantwortlich zeichnen. Hoffentlich erleidet die Willensbekundung zur Gasnetzstilllegungsplanung im Koalitionsvertrag nicht das Schicksal des Klimageldes.

Es sei noch auf den vorliegenden Gesetzentwurf hingewiesen, der 10jährige Vorankündigungsfristen für eine Gasnetzstilllegung vorsieht. Selbst mit sofortiger Planung kann die städtische Beschlusslage für Klimaneutralität 2035 also nicht mehr eingehalten werden und für „spätestens 2040“ bleibt auch nicht viel Zeit. Und jedes Jahr wird es teurer. Und die Stadt als Mehrheitseigner sollte aufpassen: der Gesetzentwurf aus dem Hause Reiche sieht vor, dass der Netzbetreiber selbst den Antrag zur Gasnetzstilllegung stellen muss, sich selbst also die Geschäftsgrundlage entziehen soll.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der bisherige Plan der Mainova für Klimaneutralität 2040 umfasst nur einen kleinen Teil der THG-Emissionen und auch diesen nicht realistisch. Das Ziel wäre aber erreichbar, wenn die vorhandenen Potenziale zügig realisiert werden, in Verbindung mit einer schnellstmöglichen Gasnetzstilllegungsplanung und einer gesetzeskonformen Sanierungsquote. Die Planungen der Mainova verhindern genau dies und sichern damit das profitable Geschäft mit fossilem Gas weit über 2040 hinaus ab.

Wir erwarten von den Verantwortlichen bei Mainova und der Stadt, den Bekenntnissen zur Klimaneutralität und dem Pariser 1,5-Grad-Limit entsprechend zu handeln und damit auch im Einklang mit Gemeinwohl, Grundgesetz und Völkerrecht.

(weglassen:) Das bedeutet nachdem das entsprechende CO₂-Budget aufgebraucht ist, Verantwortung für das Überschreitungsbudget zu übernehmen, also für die Schäden, die jede Tonne THG verursacht. Das Umweltbundesamt empfiehlt, mit (Zitat) „sehr konservativ“ geschätzten Kosten von 1000€ t THG 2026 zu rechnen. Erst wenn diese tatsächlichen Kosten der THG in die Kosten-Nutzen-Rechnungen eingehen, wird Klimaschutz nicht mehr systematisch unterbewertet.

Bis dahin werden diese Kosten externalisiert, den Opfern des Klimawandels aufgebürdet, global, national und lokal vorrangig unterprivilegierten Menschen, die z.B. in kleinen, schlecht isolierten und ungünstig gelegenen Wohnungen den immer neuen Rekord-Hitzewellen ausgesetzt sind. *(Ende weglassen)*

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Fragen:

- 1. Wie verträgt sich das Bekenntnis zu „Klimaneutralität spätestens bis 2040“ und den Pariser Klimazielen damit, dass sich dieses Ziel nur auf Scope 1+2 Emissionen, also nur auf 20% der THG-Emissionen bezieht?**
- 2. Warum planen sie weiterhin – auch bei Scope 1+2 - mit höchstwahrscheinlich nicht verfügbarem bzw. bezahlbarem grünem Wasserstoff, statt jetzt alle vorhandenen Potenziale klimaneutraler Wärmequellen zu heben, um so früh wie möglich, so weit wie möglich die Wärmeversorgung zu Dekarbonisieren, z.B. Flusswärmepumpen jetzt parallel zur Abwasserwärmepumpe zu projektieren und nicht erst eventuell in Erwägung zu ziehen, wenn letztere fertig ist?**
- 3. Warum wird in der von der Mainova maßgeblich entworfenen KWP, den eigenen Empfehlungen für eine Gasnetzstilllegungsplanung und denen des Co-Autors Fraunhofer IFAM nicht nachgekommen?**
Wird es mit Gasnetzstilllegungsplan zu schwierig mit dem profitablen Gasgeschäft und der Amortisierung des Gaskraftwerkes über 2040 hinaus?
Gas oder Klimaschutz, was hat Priorität?
Und wer trägt die zusätzlichen Kosten zu später Gasnetzstilllegung?
- 4. Was ist die Konsequenz für unser Klima, wenn die Bereiche mit den höchsten THG-Emissionen, in ihrer eigenen Rechnung 80% Scope 3 Emissionen, ohne ambitionierte Ziele bleiben? Was ist die Konsequenz, wenn die Menschen Klimaneutralität 2040 versprochen bekommen, sich dies aber in den Planungen gar nicht abbildet?**
- 5. Was hat in ihrer Strategie Vorrang, die Sicherung des Gasgeschäftes und die Amortisierung des neuen Gaskraftwerkes oder die Klimaziele und gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge?**